

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach),
Hartmut Schauerte, Christian Freiherr von Stetten, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/5676 –**

**Wachstumsstrategie für Deutschland: Public Private Partnership
weiterentwickeln und nunmehr realisieren – Infrastruktur optimieren,
Investitionsstau auflösen**

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, bei Public Private Partnership endlich den Schritt von der Analyse- zur Umsetzungsphase zu vollziehen und dafür zu sorgen, dass die Chancen für Public Private Partnership in allen Bereichen konkret verbessert werden; dafür die allgemeinen und die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, im Bereich des Vergaberechts fairen Wettbewerb zu gewährleisten, für die steuerrechtliche Gleichbehandlung von PPP-Modellen zu sorgen, im Haushalts- und Förderrecht den Verwaltungsvollzug zu modernisieren und Rahmenbedingungen für PPP-Projekte speziell im Bundesfernstraßenbau zu optimieren.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/
CSU und FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/5676 – abzulehnen.

Berlin, den 29. Juni 2005

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Dr. Margrit Wetzel
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Margrit Wetzel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/5676 in seiner 181. Sitzung am 16. Juni 2005 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet unter anderem die Bundesregierung aufzufordern, bei Public Private Partnership (PPP) endlich den Schritt von der Analyse- zur Umsetzungsphase zu vollziehen und dafür zu sorgen, dass die Chancen für Public Private Partnership in allen Bereichen konkret verbessert werden; dafür die allgemeinen und die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern; im Bereich des Vergaberechts fairen Wettbewerb zu gewährleisten; für die steuerrechtliche Gleichbehandlung von PPP-Modellen zu sorgen; im Haushalts- und Förderrecht den Verwaltungsvollzug zu modernisieren und Rahmenbedingungen für PPP-Projekte speziell im Bundesfernstraßenbau zu optimieren.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/5676 in seiner 66. Sitzung am 29. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/5676 in seiner 85. Sitzung am 29. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/5676 in seiner 103. Sitzung am 29. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag auf Drucksache 15/5676 in seiner 97. Sitzung am 29. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 15/5676 in

seiner 74. Sitzung am 29. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/5676 in seiner 62. Sitzung am 29. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 15/5676 in seiner 63. Sitzung am 29. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 15/5676 in seiner 61. Sitzung am 29. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/5676 in seiner 79. Sitzung am 29. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag auf Drucksache 15/5676 in seiner 77. Sitzung am 29. Juni 2005 beraten. Er hat ihn gemeinsam mit dem Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/5668 und dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/2601, welche beide ebenfalls das Thema „Öffentlich-Private-Partnerschaft“ betreffen, beraten. Für diese Vorlagen liegt aber die Federführung beim Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit.

Die **Fraktion der SPD** betonte, die Anträge der Oppositionsfraktionen gingen grundsätzlich in die gleiche Richtung wie der Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Daher hätte man es begrüßt, wenn eine gemeinsame Lösung gefunden worden wäre. Die Forderungen in dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU gingen jedoch deutlich über den Gesetzentwurf hinaus und enthielten auch Forderungen, die erst noch intensiv erörtert werden müssten, was kurzfristig nicht möglich sei.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, man halte das in dem Gesetzentwurf der Fraktionen enthaltene Anliegen grundsätzlich für richtig und habe sich um einen Konsens bemüht. Dies sei aber an der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gescheitert. Sie betonte, dass es dringlich sei, für die Öffent-

lich-Private-Partnerschaften kurzfristig eine Regelung zu finden, was auch für die Baubranche sehr wichtig sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bekundete, sie sehe bei der Thematik noch weiteren Klärungsbedarf und hätte es für angebracht gehalten, dazu in dem für den Gesetzentwurf federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit eine Anhörung durchzuführen. Sie sehe vor allem bei den Themen „Gebühr und Entgelt“, „Mautsystem“ und „wettbewerblicher Dialog“ Klärungsbedarf.

Die **Fraktion der FDP** kritisierte, die in dem Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgesehene Regelung sei nicht falsch, gehe aber nicht weit genug. Man solle prüfen, ob man nicht doch einer echten Privatisierung grundsätzlich Vorrang vor einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft einräume. Sie betonte, es sei wichtig, dass auch private Partner in einer solchen Partnerschaft Risiken übernehmen und diese nicht etwa auf den Steuerzahler beschränkt seien.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/5676.

Berlin, den 29. Juni 2005

Dr. Margrit Wetzel
Berichterstatlerin